

# Volks-Zeitung

ersch. täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnementspreis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen u. Herzogt. Anhalt 30 Pf. wöchentl. oder M. 1,30 monatl. Abnahmepreis bei Postbezug: monatl. M. 1,30 u. vierteljährlich M. 3,90. Fernpost-Abonnement M. 1,80 monatl. Einzahlungsweise die Zeile 50 Pf. mit 25 Pf. Zuschlag, für Stellenangebote und Besuche 70 Pf. mit 25 Pf. Zuschlag; Familien-Anzeigen für Abonnenten 20 Pf. die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort 20 Pf., das fettgedruckte Wort 30 Pf. mit 40% Zuschlag. - Redakt. u. Exped.: S.W. Jerusalemer Str. 46-48. Tel.: Zentrals Nr. 10181-10184; L.A. Fernverl. Nr. 14207-14208. Chefredakteur: Otto Nuschke.

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt  
Illustrierter Familien-Zeitung  
und illustriertem Witzblatt ULK

Filialen: Moritzpl., Köpenicker Str. 67-68, Wiener Str. 1-8, Frankf. Allee 288, Frankf. Allee 246, Gr. Frankf. Str. 101, Gießenstr. 127, Schöneberg, Allee 144, Schöneberg 4, Fennstr. 1, Müllerstr. 133, Badstr. 61, Königstr. 66-67, Rosenthal, Str. 45, Rathenow, S. 1, 3, Jarmstr. 61, Potsd. Str. 22, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 63, Blücherstr. 69, Charlottenb., Tannenbergstr. 2, Kantstr. 34, Solarstr. 23, Nollstr. 23-26, Friedmann, Rheinstr. 19, Hainense-Grünwald, Heintzenplatz, Lichtenberg, Frankf. Allee 241, Lichtenfeld-West, Carlstr. 1-2, Neukölln, Berliner Str. 41, Hornbaumstr. 95-94, Pankow, Bernauer Str. 1, Schöneberg, Breite Str. 12, Schöneberg, Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9, Steglitz, Albrechtstr. 139, Tegel, Berliner Str. 121, Tempelhofer, Berliner Str. 147, Wilmersdorf, Uhlandstr. 25, Brandenburger, Hauptstr. 4, Frankfurt a. d. O., Regierungsstr. 44, Potsdam, Brandenburger Str. 23, Spandau, Breite Str. 47, Stettin, Paradeplatz 8. Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin S.W.

## Für Vaterland und Freiheit.

### Vor der Entscheidung.

Der Tag der Entscheidung steht unmittelbar bevor. Ueber seine Bedeutung muß sich jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau im klaren sein. Die Parteien haben sie umworben. Jede ist mit dem Anspruch ausgestattet, daß nur ihre Auffassung allein das Vaterland aus der gegenwärtigen Not erretten könnte.

Die Deutsche demokratische Partei darf von sich behaupten, daß sie mit einem klaren und ehrlichen Programm vor die Wähler getreten ist. „Vaterland und Freiheit“, dieses alte Doppelideal der Väter, hat sie vor den Wählern wieder erstehen lassen. Schwarz-rot-gold, das alte Freiheitsbanner des Jahres 1848, hat sie mutig wieder entrollt. Werden die Wähler ihm folgen?

Wir hoffen es! Es ist unsere feste Überzeugung, daß nur die Politik der Deutschen demokratischen Partei über Vaterland zu ruhigem Wiederaufbau führen kann. Wir geben uns gewiß nicht der utopischen Hoffnung hin, daß es ihr möglich sein wird, aus eigener Kraft die Mehrheit der Mandate zu erringen, wohl aber leben wir der festen Zuversicht, daß ihr in der deutschen Nationalversammlung dieselbe ausschlaggebende Stellung zuteil werden wird, die sie in den Landesversammlungen von Bayern, Württemberg und Baden bereits besitzt.

Die Deutsche demokratische Partei steht auf dem Boden der Republik. Sie will sie schützen gegenüber allen Versuchen, die gefährlichen Gewalten wieder herzustellen. Sie will sie schützen aber auch gegenüber dem verblödeten Wahnsinn einer terroristischen Wucherheit auf der linken, deren Führer eben ein tragisches Ende gefunden haben.

Die Deutsche demokratische Partei steht treu zum deutschen Vaterlande. Wie sie in den letzten Wochen den polnischen Annahmungen scharf gegenübergetreten ist, das das deutsche Recht an Elsaß-Lothringen mannhafte vertreten, die österreichischen Deutschen herzlich im neuen Reich begrüßt hat, so wird sie auch in Zukunft immer dort sein, wo es die Ehre und die Würde der deutschen Nation zu wahren gilt.

Die deutsche Nationalversammlung wird die deutsche Verfassung, sie wird den Frieden beschließen, Aufgaben, über deren Bedeutung auch nur noch ein Wort zu verlieren, lächerlich anmuten würde. Welche Partei aber wäre berufen, an diesen Aufgaben entscheidend mitzuwirken, als die, deren Ideale sich in den Begriffen „Vaterland und Freiheit“ verkörpern?

Die Entscheidung ruht in der Hand der Wähler, in der Entscheidung aller deutschen Männer und Frauen im Alter von mehr als 20 Jahren. Sind sie sich ihrer schweren Verantwortung vor der Volksgeschichte und der Zukunft bewußt, so dürfen wir mit Zuversicht einem der entscheidungsvollen Tage der deutschen Geschichte, dem morgigen 19. Januar 1919, entgegensehen.

### Das Wahlrecht der Soldaten.

#### Allerlei Fragen.

Ueber die Wahlmöglichkeit der Soldaten und über die Wahl bei Veränderung des Wohnortes innerhalb der Wahlzeit herrscht noch vielfach Unklarheit, so daß es sich empfiehlt, einmal näher auf die einschlägigen Gesetzesbestimmungen einzugehen.

Das „Reichsgesetzblatt“, Jahrgang 1918, Nr. 167, sagt in § 3: Die Personen des Soldatenstandes sind berechtigt, an der Wahl teilzunehmen. Die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen ist ihnen gestattet.

Im § 9 ist bestimmt: Ueber die nachträgliche Aufnahme von Angehörigen des Heeres und der Marine, die im Januar oder Februar 1919 aus dem Felde heimkehren, ergeht eine besondere Verordnung. Für den Fall, daß sich am Wahltag noch größere geschlossene Truppenverbände außerhalb des Reiches befinden, bleibt der Erlaß einer besonderen Verordnung vorbehalten, wonach die Angehörigen dieser Truppenverbände nach ihrer Rückkehr, gegebenenfalls zugleich mit den Kriegsgelungenen, die erst nach dem Wahltag zurückkehren, in einer besonderen nach § 11 Abs. 2 angeordnete zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung wählen.

Am 14. Januar 1919 ist dann folgende Ergänzung festgesetzt worden:

Die Angehörigen des Heeres und der Marine, die am 19. Januar 1919 zur Veränderung von Wohnort kommen, sind berechtigt, das Wahlrecht in den Wahlräumen, zu deren Bewachung sie kommandiert sind, auszuüben, auch wenn sie dort in der Wählerliste nicht eingetragen sind.

Das Wahlrecht kann von ihnen auf Grund einer Bescheinigung ausgeübt werden, die von dem nächsten dienstlichen Vorgesetzten in der Stellung mindestens eines Kompanieführers ausgestellt wird.

Ueber die Wahl bei Veränderung des Wohnortes innerhalb der Wahlzeit bestimmt die Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 in § 6 folgendes:

Nach dem Ablauf der Ausgegriest können in die Wählerliste Wahlberechtigte nur in Gelebigung rechtzeitig angebrachter Einsprüche aufgenommen werden.

Verlegt ein Wahlberechtigter nach diesem Zeitpunkt seinen Wohnort nach einem anderen Wahlbezirk, so ist er berechtigt, sich nach Löschung seines Namens in der Wählerliste seines bisherigen Wahlbezirktes auf Grund einer Hierüber von der Gemeindebehörde auszufüllenden Bescheinigung im Wahlbezirk seines neuen Wohnortes nachträglich in die Wählerliste aufnehmen zu lassen.

Es ist von größter Wichtigkeit, daß jeder Wähler, auf den diese Bestimmungen Anwendung finden, sich rechtzeitig mit ihrem Inhalt vertraut macht, denn es kommt auf jeden Mann an.

### Die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei in Groß-Berlin sind:

#### Für Stadt Berlin:

1. Dr. Friedrich Kautmann.
2. Arbeitersekretär Gustav Hartmann.
3. Dr. Marie Elisabeth Widors.
4. Dr. Otto Frensel.
5. Lehrer Albert Vordardt.
6. Justizrat Dr. Marwick.
7. Handlungsgehilfe Hugo Sommer.
8. Obermeister Rettig.
9. Anna Schulze.
10. Dr. Apt.
11. Frau Anita Runge.
12. Stadtrat Wöhring.
13. Assistent Max Madfen.
14. Stadtverordneter Hildebrandt.

#### Für Zeltow-Beetzow, Charlottenburg, Neukölln, Schöneberg, Wilmerdorf:

1. Staatssekretär a. D. Dr. Bernhard Dernburg, Berlin-Grünwald.
2. Hauptgeschäftsführer Otto Ruchsch, Berlin-Steglitz.
3. Frau Elly Heub-Knapp, Schöneberg.
4. Privatangestellter E. Rich, Schöneberg, Berlin-Steglitz.
5. Gemeindevorsteher Gustav Hubert, Königswusterhausen.
6. Lokomotivführer Ernst Gröndel, Charlottenburg.
7. Buchdrucker Max Rob, Neukölln.
8. Frau Regine Deutsch, Berlin-Wilmersdorf.
9. Stadtverordneter, Reichst. Karl Wenzke, Charlottenburg.

#### Für Niederbarnim:

(Wahlkreise Potsdam 1-9)

1. Dr. Hermann Pashende, Schriftsteller.
2. Ernst Kemners, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes.
3. Richard Wöcher, Landwirt, Neuhof bei Prignitz.
4. Fr. Gise Fisch, Telegraphenbeamtin, Brandenburg (Havel).
5. Hermann Steinweg, Malermeister, Prenzlau (R.-M.).
6. Karl Kennes, Justizrat, Potsdam, Am Kanal 57.
7. Gustav Erdmannsdorfer, Schriftsteller, Charlottenburg.
8. Erich Jacubet, Privatangestellter, Frohnau (Mark).
9. Dr. Max Andler, Bauerngutbesitzer, Frieelow.
10. Georg Graf, Diplom-Ingenieur, Pantow.

Jeder Stimmzettel, der auch nur einen Namen aus einer anderen Liste enthält, ist ungültig.

### Die Wahlbewegung im Reich.

München, 17. Januar. (Privat.)

Mit welchen Mitteln das Zentrum bei den Wählern arbeitet, dafür hier ein charakteristisches Beispiel: In dem idyllisch gelegenen Orte Lautrach bei Memmingen befindet sich eine Anstalt für geistig Zurückgebliebene, die von Franziskanerinnen geleitet wird. Zum Staunen der Bevölkerung wurden die Pflegerinnen der Anstalt durch die Schwärzer an die Wahlurne geleitet, um ihre Stimmen abzugeben. Für wen sie ihre Stimmen abgaben, darüber braucht kaum etwas gesagt zu werden. Die sozialdemokratische Partei hat gegen dieses Vorgehen Wahlproteste eingeleitet.

Gotha, 16. Januar. (Privat.)

Die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen Groß-Thüringens beschloffen eine Verbindung ihrer Listen.

Magdeburg, 16. Januar. (Privat.)

Die Wahl zur Nationalversammlung durch einen Generalstreik zu verhindern, beabsichtigt die allseitig rechtliche Zustimmung in Magdeburg hin und wieder allseitig verändernde Spartakusleute. Zur Sicherung der Durchführung der Wahlen wird in jedem einzelnen Lokale Selbsthilfe organisiert werden.

Die Reaktionen können anscheinend nur noch hoffen, auf dem Wege der Wahlwindmühle Stimmen zu fangen. Ein Flugblatt der schwerindustriellen „Deutschen Volkspartei“ behauptet, daß auch von „Vertretern der demokratischen Parteien“ gefordert würde: „Anstellung auf kurzfristige Kündigung, Auswahl der Beamten nach ihrer politischen Gesinnung.“ Die Deutsche demokratische Partei tritt für die Lebensfähigkeit der Beamtenschaft ein. Trotz

Gundertausende von Beamten in ihren Reihen, die Kandidaten der Partei an ersten Stellen ihrer Listen bürgen dafür! Kein Beamter wird auf solch niederträchtigen Wahlschwindel hineingefallen. Das ganze Flugblatt ist geradezu eine Beleidigung aller politisch aufgeklärten Beamten! Aber man muß die Wahlschwindler immer wieder amagen!

### Der Fall Liebknecht-Luxemburg vor den Soldatenräten.

Bei Beginn der gestrigen Sitzung im Abgeordnetenhaus gedachte der Vorsitzende Richnow des tragischen Endes von Liebknecht und Rosa Luxemburg. Beide hätten früher mit Eifer für die Sache der Arbeiterklasse und des Sozialismus gewirkt, wenn sie später auch vom Wege abgeirrt seien. Die Sozialisten müßten jede Lynchjustiz verurteilen. Die Verammlung ehrte das Andenken der Gefallenen durch Erheben von den Sitzen.

Brutus Mollenhuth gab dann den Bericht des Vollzugsrats über die Verhandlungen mit dem Oberbefehlshaber Rössle über die in der letzten Sitzung angeschnittenen Fragen der Berliner Sicherungstruppen. Rössle habe sich bereit erklärt, in seinen Stab einen Genossen aufzunehmen, der darüber erklären soll, daß keine gegenrevolutionären Bestrebungen von den Truppen gefördert werden.

#### Die Entwaffnung der Berliner Bevölkerung

soll reiflos erfolgen und sich auch auf die Offiziere erstrecken, die nicht im Dienst der Regierungstruppen stehen. Die von einzelnen Soldaten bei der Entwaffnung begangenen Mißgriffe sollen künftig dadurch vermieden werden, daß die Durchsuhung von Wohnungen nur durch mit Ausweisen versehenen Personen vorgenommen werden darf. Die Verhörungen im Bureau der U. S. T. D. sind nicht von Regierungstruppen, sondern von Freiwilligen aus dem Reichstag begangen worden, die Rössles Oberbefehl nicht unterliegen. (Anträge hinf.) Alle diese Mißgriffe freiwilligen Wehren sollen ebenfalls entfallen. Eine strenge Untersuchung der Vorgänge bei der Tötung von Liebknecht und Luxemburg ist gewährleistet. Wegmann (L. Soz.) vom Vollzugsrat sei bei der Untersuchung der Nationalversammlung gezogenen Truppen diese Aufgabe erfüllt hätten, würden sie unverzüglich in Berlin verlaßsen, um ihre

#### Dringende Aufgabe als Pflicht

zu erfüllen. Wenn die reiflose Durchführung der Entwaffnung von revolutionären Arbeiter ergeben, sie sollten ihre Waffen verstreuen, wie das bereits geschehen ist. Ebenso zu verurteilen sei die Aufforderung zu einem Proteststreik, der in der jetzigen Zeit furchtbares Unheil über Deutschland bringen könnte.

Der frühere Adjutant bei der Berliner Kommandantur Fischer entschuldigte dann die Abwesenheit des Volksbeauftragten Rössle. Rössle läge infolge Heberarbeit fieberkrank im Bett. Fischer verwies auf die von Mollenhuth vorgetragene Entlassung Rössles und betonte nachdrücklich, es seien alle Garantien dafür geboten, daß die Regierungstruppen nicht zu gegenrevolutionären Aktionen Veranlassung finden könnten.

Loth (N. S.) vom Zentralrat der Marine verlas die Aussage eines nicht genannten Soldaten, der als Augenzeuge beobachtet haben will, daß

bei der Ermordung Rosa Luxemburgs gar keine Zivilisten beteiligt waren, sondern daß Rosa Luxemburg von einem Soldaten mit dem Gewehr niedergeschlagen und dann von einem anderen Soldaten, „wahrscheinlich einem Chargierten“ erschossen worden sei.

Prolat vom Vollzugsrat bedauert, daß Loth nur auf die obersten Vorgänge, nicht aber auf die Vorgänge der Spartacus-Woche eingegangen sei, an denen die Unabhängigen doch sehr beteiligt waren. Die Berliner Garnison sei gar nicht in der Lage gewesen, Regierung und Berliner Bevölkerung gegen diese Gewaltstreiche zu schützen, darum müßten andere Truppen herangezogen werden. Die Berliner Unabhängigen, die alle Aufrufe des Spartacus-Bundes unterschrieben haben, hätten nachher die Verantwortung für den Erfolg ihrer Aufrufe abgelehnt.

#### einen Zwischenfall

unterbrochen. Der Vorsitzende erklärte, ihm sei eben mitgeteilt worden, daß Leute vom Regiment Reinhardt mit einem Kapitän gegen das Vorstandsmitglied Wich im Anzuge seien. Dagegen müsse sich die Verammlung schützen. Diese Mitteilung rief in der Verammlung große Erregung hervor. Viele uniformierte Truppenbesitzer verließen hastig die Verammlung. Von den Banken der Rinkbeher kamen laute Rufe gegen Rössle und Fischer. Nach einiger Zeit stellte sich heraus, daß die ganze Aufregung umsonst war. Oberst Reinhardt, der sofort telefonisch angerufen wurde, erklärte, es sei ihm gar nicht eingefallen, Kapitän Wich zu erschlagen. Der Urheber des fälschlichen Gerüchtes war, konnte nicht festgestellt werden.

Nach langer Debatte wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der sich sämtliche Truppen Groß-Berlins verpflichten, die Regierung bei der Entwaffnung der Zivilbevölkerung und der Sicherung der Nationalversammlung und der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu unterstützen. Andererseits verlangt die Verammlung, daß nach dem Abschluß der

Wahlen die auswärtigen Truppen von Berlin zurückgezogen und die freiwilligen „Wehren“ entlassen und aufgelöst werden.

Weiter wurde einstimmig ein Antrag angenommen, der die sofortige Freilassung der ohne gültigen Haftbefehl verhafteten Soldatenratsmitglieder verlangt.

Es wurde mitgeteilt, daß sieben Mitglieder des Soldatenrats vom Augusta-Regiment durch Regierungsgruppen verhaftet worden seien. Vom Kriegsministerium ging dazu die Nachricht ein, es sei weder von Oberst Reinhard, noch von seinem Stab die Verhaftung von Soldatenräten befohlen worden.

Die Neuwahlen der Arbeitermitglieder für den Volksgenerat für Groß-Berlin ergaben folgendes Resultat: 346 Stimmen auf die Liste der Mehrheitssozialdemokraten, 284 Stimmen auf die Liste der Unabhängigen 331 Stimmen und auf die Liste der Demokraten 117 Stimmen.

Gewählt sind somit 7 Mehrheitssozialdemokraten, 7 Unabhängige und 2 Demokraten.

### Die Schuldfrage.

Berlin, 17. Januar. (W. Z. B.)

Um in Sachen des Todes Karl Liebknechts die Schuldfrage zu klären, ist vom Gerichtsherrn der Kriegsverbrechen bestimmt worden. Der Fall der Frau Rosa Luxemburg soll im Interesse der Beschleunigung von einem anderen Kriegsgerichtsherrn behandelt werden. Die Reichsregierung hat angeregt, daß in beiden Fällen der Volksgenerat wie der Zentralrat je ein Mitglied damit betrauen sollen, an der Untersuchung mitzuwirken, und zwar hat sie dem Volksgenerat empfohlen, für diese Aufgabe nach Möglichkeit ein Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie zu bestimmen. Daraufhin hat der Zentralrat für die Untersuchung im Falle des Karl Liebknecht sein Mitglied Hermann Müller, der Volksgenerat sein Mitglied Wegmann delegiert. Für die Untersuchung im Falle der Frau Luxemburg sollen die Vertrauensleute noch bestimmt werden.

### Eine Erklärung der Gardelavalleriegeschützendivision.

Die Gardelavalleriegeschützendivision erklärt folgendes: Vor allen Dingen sei gegenüber einem Artikel der „Freiheit“ und verschiedenen im Publikum herumlaufenden Gerüchten, die die Gardelavalleriegeschützendivision als eine Art Garde bezeichnen, folgendes festgestellt: Die Gardelavalleriegeschützendivision hat am 12. Dezember durch eine Entschließung der Regierung ausdrücklich erklärt, als Regierungstruppe Verwendung zu finden. Außerdem hat sie sich gegen jede Revolution ausdrücklich erklärt. Besondere Offizierbattalione bestehen nicht, nur finden einzelne Offiziere in den Reihen der Mannschaften Verwendung als Mannschaften. Innerhalb der Verbände werden Verträge von sämtlichen Parteien, mit Ausnahme des Spartakusbundes, gehalten. Eine politische Beeinflussung der Mannschaften geschieht in keiner Weise.

### Zum Fall Liebknecht ist folgendes zu bemerken:

Die tatsächliche Untersuchung hat ergeben, daß Liebknecht von zwei Schüssen im Rücken getroffen worden ist. Der Fall ist juristisch einwandfrei geklärt, die Erschießung auf dem Hauptplatz als zu Recht bestehend anzusehen. Am ein einziges zu tun, hat die Gardelavalleriegeschützendivision den Volksbeauftragten ersucht, zu den Untersuchungen einen Vertreter der U. S. P. D. hinzuzuziehen, um jeden Verdacht zu beseitigen. Der einzige Vorwurf, der gegen die Division erhoben werden kann, ist der mangelnde Schutz im Falle Rosa Luxemburg. Diese Angelegenheit wird vom Kriegsgerichtsherrn der Division auf das Strengste untersucht, und der betreffende Offizier ist, wie bereits gemeldet, vom Dienste suspendiert worden.

### Gegen die „unabhängige“ Hege.

Die P. R. schreiben: Die unabhängige Presse verlegt sich auf die geradezu wahnsinnige Behauptung, daß die Wachmannschaft Liebknechts beauftragt worden sei, ihn zu erschließen. Diese Darstellung trägt den Stempel der Tendenz allzu deutlich auf der Stirn. Sollten wir im schlimmsten Fall die Selbstmord infolge des unerwarteten Todes Liebknechts und seiner Anhängen überleben, so wäre es doch geradezu irrsinnig von irgendeinem verantwortlichen Menschen, den Befehl zur Tötung zu geben. Denn weder von einem solchen Befehl, müßte sich über die psychologischen selbstverständlichen Tatsache klar sein, daß die Soldaten in einem staatsanwaltschaftlichen Kreuzverhör unbedingt zusammenbrechen, wenn sie schuldig sind.

### Eine neue Spartakisten-Tragödie.

Vier Spandauer Führer auf der Flucht erschossen.

In der Nacht zu gestern hat sich im Tegeler Forst eine Spartakisten-Tragödie abgespielt. Am 10. Januar wurden in Spandau der Vorsitzende des Spandauer Arbeiter- und Soldatenrats v. Ljowitski und die Arbeiterräte Hermann Marcz, Jordan und Müller verhaftet. Nachdem die vier Spartakisten bis Freitag im Spandauer Gefängnis in Haft gehalten worden waren, sollten sie in der Nacht zum Freitag nach dem Gefängnis in Tegel transportiert werden. Auf dem Wege durch den Tegeler Forst ergreifen die vier Spartakisten die Flucht. Als sie trotz wiederholter Haltens nicht stehen blieben, wurde die militärische Wachmannschaft von der Schußwaffe Gebrauch. Hierbei wurden alle vier Flüchtlinge erschossen.

Gestern vormittag erschien der Kommandeur des freiwilligen Landessjägerkorps, General v. Merker, bei der Wache des Abwehrministeriums und verlangte von dem Führer der dort untergeordneten Wachabteilung der Volksmarine, daß diese das Gebäude alsbald räume, da das freiwillige Landessjägerkorps den Befehl erhalten habe, den Schutz des Gebäudes an Stelle der Volksmarine zu übernehmen. Der Führer der Matrosen verlangte nun diesen schriftlichen Befehl zu sehen, worauf ihm von General v. Merker erwidert wurde, er habe diesen Befehl mündlich vom Ministerpräsidenten erhalten. Darauf lehnte der Wachhabende es ab, das Abgeordnetenhaus freiwillig zu räumen, wände sich jedoch in dieser Angelegenheit sofort an den Zentralrat. Dieser setzte sich mit sämtlichen Ministern und Volksgenerat telefonisch in Verbindung, stellte jedoch fest, daß die Herren zurzeit nicht in Berlin anwesend sind, daß die Volksgenerat aber von diesem Befehl keine Kenntnis hatten. Daraufhin nahm der Zentralrat die Regelung der Angelegenheit mit dem Kommando des freiwilligen Landessjägerkorps in die Hand, da er auf dem Standpunkt steht, daß die Wachabteilung der Volksmarine die ihr übertragenen Aufgaben, das Abgeordnetenhaus zu schützen, in einwandfreier Weise erfüllt. Wie das Mitglied des Zentralrates Cohen-Kauf verriet, besteht die begründete Meinung, daß die Verhandlungen eine gütliche Einigung bringen werden.

Rezeptstoffe ohne Rezept. Mit dem 1. Februar fällt der Rezeptzwang für baumwollene Verbandstoffe weg. Von diesem Zeitpunkte an können sämtliche baumwollene Verbandstoffe ohne Beschränkung von Einzelpersonen, Einzelärzten und Unternehmungen gekauft werden.

## Das deutsche Friedensprogramm.

Die Aufgaben der Unterhändler.

Der Volksbeauftragte Scheidemann hat gelegentlich seiner letzten veröffentlichten Rede in Kassel bereits erwähnt, daß die deutsche Friedensdelegation von dem Staatssekretär Brockdorff-Rantzau und ihm selbst geführt werden würde. Neben der Richtungslinien, an die sich die deutschen Vertreter auf der Friedenskonferenz zu halten haben, sagt eine amtliche Veröffentlichung:

„Vor allem ist sich die Reichsregierung der Verantwortung bewußt, die ihr durch die Schranken des Wilsonschen Programms auferlegt ist. Wie sie alles zu dessen Durchführung Erforderliche nachdrücklich betreiben und dann jede damit übernommene Verpflichtung streng einhalten wird, so muß sie andererseits Forderungen unserer bisherigen Gegner ablehnen, die über jenes Programm hinausgehen, sie darf die Grenzen nicht überschreiten lassen, die der Behauptung der jungen deutschen Republik als Staatskörper und Wirtschaftskörper gegeben sind. Sie muß sich der Weiterführung eines Wirtschaftskrieges nach Friedensschluß widersetzen. Unsere Vertreter haben sich dafür einzusetzen, daß alle wirtschaftlichen Kampfmittel sofort eingestellt und die dadurch geschädigten Privatrechte soweit als möglich wiederhergestellt werden, es wird unverzüglich eine auf Willigkeit und Gerechtigkeit beruhende Vereinbarung über die gegenseitige Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln zu treffen und für die Zukunft eine wirtschaftliche Annäherung der Völker unter möglichst gleichmäßigen Bedingungen anzustreben sein. Dazu gehört namentlich, daß die Frage des

### Arbeiterschutz und der Arbeiterversicherung

auf der Grundlage der von den letzten internationalen Kongressen darüber gefaßten Beschlüsse von allen beteiligten Staaten tunlichst gleichmäßig geregelt werden. Weiterhin werden unsere Vertreter zu erklären haben, daß Deutschland bereit ist, gemeinsam mit den anderen Staaten zu Lande, zur See und in der Luft abzugeben und die zur Ausführung dieses schwierigen Problems erforderlichen Verpflichtungen unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit einzugehen. Insbesondere hat Deutschland durch die Auslieferung der Waffenstillstandsbedingungen keine Abstrich im wesentlichen schon vollzogen. Um so weniger ist es gerechtfertigt, daß unsere Gegner die Kriegsgesandten Deutschlands immer noch hinter Stachelndraht fesseln lassen, während wir unsere Gesandten haben freigegeben müssen. Die Delegierten sind angewiesen, auf der Selbsterhaltung aller gefangenen Deutschen schon bei Beginn der Verhandlungen nachdrücklich zu bestehen. Sie werden ferner für eine Wiedererhebung Deutschlands in seine kolonialen Rechte im Rahmen des Wilsonschen Programms einzustehen haben und dabei die Sorge für das Wohl der eingeborenen Bevölkerung als gemeinsame Pflicht aller der europäischen Kulturkreise betonen. Bei der Behandlung der territorialen Fragen in Europa und Vorderasien werden unsere Unterhändler das große Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker ebenso wohl zugunsten anderer anerkennen, wie sie es zugunsten des deutschen Volkes in Anspruch nehmen müssen. Dies gilt insbesondere für die polnische und elbisch-lithuanische Frage. Unsere Vertreter sind schließlich angewiesen, nach allen ihren Kräften die Errichtung des Völkerbundes im Geiste der Wilsonschen Vorschläge und in Verbindung mit der internationalen Schiedsgerichtspartei zu fördern, weil hierdurch allein ein Zustand dauernden Friedens verbürgt wird.“

In diesen Richtlinien ist klar die Basis angedeutet, auf der allein ein Frieden von Dauer zustande kommen kann.

### Es war einmal eine Republik ...

Schnelles Ende der Luxhavener Herrlichkeit.

Hamburg, 17. Januar.

Wie die „Hamburger Nachrichten“ aus Lughaven melden, stand Donnerstag morgens 8 Uhr, nachdem von U. und S.-Mat auf die gestellten Forderungen der Reichs-, Staats- und übrigen Beamten eine Antwort nicht eingegangen war, plötzlich der Verkehr des staatlichen Betriebes still. Auf die Einladung des Beamtenratels fand eine Versammlung von über 5000 Mann auf dem Marktplatz statt, wo mehrere Redner — auch Sozialdemokraten — sprachen. Ein Demonstrationzug zog nach der Kommandantur, deren Fenster mit Wasserkanonen, Gewehren und Granatentwürfen besetzt waren. Es gelang einer Kommission der Beamten, in das Gebäude zu kommen und mit dem Arbeiter- und Soldatenrat zu verhandeln. Dieser gibt heute abend bekannt, daß der Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrats vom 11. Januar, der zur Erklärung der Republik Lughaven führte, rückgängig gemacht wird.

### Drohender Notstand im Ruhrrevier.

Ein neuer Protest des Bergbauvereins.

Essen, 17. Januar.

Der Bergbauverein in Essen hat an den Volksbeauftragten Ebert in Berlin folgendes Telegramm gerichtet: „Die letzten Tage führten uns Neuem in zahlreichem Maße zu gewalttätiger Stilllegung von Zechen und zur Abschaffung freiwilliger Stellen der Arbeit. Der größte Teil der Belegschaften sieht sich mit Entrüstung an der Fortsetzung oder Wiederaufnahme der Arbeit verhindert. Die öffentlichen Gewalten verletzen vollständig und fördern durch ihre verkehrte Politik die Lage der Ruhrrevier. Der deutschen Volkswirtschaft geht die dringende notwendige Kohle und den Belegschaften der Verlust zahlreicher nicht verfahrenen Schichten verloren. Bei Fortdauer dieser Zustände muß im Revier ein bedenklicher Notstand eintreten. Wir bitten im Interesse der betroffenen Arbeitervölker, von dort aus für Abhilfe und Wiedergutmachung der durch das Vergehen der Staatsgewalt eingetretenen Schäden zu sorgen.“

### Die Kattowitzer Einigungsverhandlungen gescheitert.

Weithen, 17. Januar. (Privat.)

Die Einigungsverhandlungen in Kattowitz haben zu keinem Ziele geführt. Die Vertretung der Arbeitgeber, der Berg- und Güttenmännische Verein in Kattowitz lehnte heute in einer Sitzung die Forderungen der Bergarbeiter ab. Die ablehnende Stellung der Arbeitgeber wurde wie folgt begründet: 1. Die Forderung an sich ist in keiner Weise begründet. Mit Rücksicht darauf, daß einerseits in den letzten Monaten eine außerordentliche Steigerung der Lohnsätze eingetreten ist, während gleichzeitig die Leistungen einen bedeutenden Rückgang erfahren haben. 2. Die Forderungen sind nicht wirtschaftlich, sondern rein politischer und zwar großpolitischer und bolschewistischer Art. 3. Die Werke sind außerstande, die Forderungen zu erfüllen. 4. Der Vorbehalt des Volksbeauftragten Landsberg, eine einmalige Zulage erst dann nach einer bestimmten Zeit zu zahlen, und zwar erst dann, wenn innerhalb dieser Zeit die Produktion sich hebt, ist für die Gruben

und Gütten technisch undurchführbar. Auch fehlt der Vertragsgegner, der für die Erfüllung des Vertrages garantieren könnte. Ein Vertreter des Arbeiterrates teilt, daß die Weihnachtsgroßgratifikation von 800 Mark einen Gesamtbeitrag von 200 Millionen ausmachen würde.

Seit 3 Uhr tagten nun mit dem Minister Hoehj in der Reichshalle in Kattowitz die ersten Gewerkschaften. Auch diese Versammlung verlief ergebnislos. Die Debatte bewegte sich in derselben stürmischen Form wie tags zuvor. Schließlich wurde, da die Versammlung kein Ergebnis zeitigen konnte, Schluß der Debatte beantragt, worauf die Regierungsvertreter den Saal verließen. Die Arbeiter blieben noch weiter sitzen. Somit können die Einigungsverhandlungen als gescheitert angesehen werden.

### Achtthunderttausend in Not.

Die Unmenschlichkeit der Alliierten.

Die Letzte der feindlichen Kriegsgefangenen sind in diesen Tagen aus Deutschland abtransportiert worden. Von einer Rückkehr der achtthunderttausend Deutschen, die in die Gefangenschaft der Entente gerieten, ist dagegen positiv noch nichts verlautet. Das ist bezeichnend für die Kriegsgelände unserer Feinde, die von uns auf allen Gebieten Unmögliches verlangen, selbst aber nicht einmal das erste Gebot der Menschlichkeit erfüllen. Die in Spaa befindliche „Unterkommission für Kriegsgefangene“ der Deutschen Waffenstillstandskommission gibt jetzt in einem längeren Bericht eine Schilderung der Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen, die in folgendem Appell ausklingt:

„Hier hilft nur eines: Der Zusammenbruch des ganzen Vorgesetzten, das sich ohne Parteien in dieser Angelegenheit finden muß. Hier ist eine bittere Not: Der Appell des ganzen Volkes an die gesamte Menschheit, um die fürchterliche Grausamkeit des Verfahrens der Entente-Regierungen zu brandmarken. Ob reich, ob arm, ob niedrig, ob Freund oder Feind, in dieser Frage müssen sich alle Deutschen über die Missetaten der Feinde hinaus die Hand reichen, nur ein Gebot muß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit befehlen: Die schnellste Herausgabe unserer Brüder, Gatten und Söhne aus der Gewalt unserer Feinde.“

Massenversammlungen der Angehörigen müssen Landhaus, was sich in der deutschen Volkseele abspielt. Die dort gefaßten Resolutionen müssen durch die Zeitungen aller Parteien der ganzen Welt fundiert werden. Die Neutralität der Entente-Regierungen, insbesondere Amerikas, müssen durch Funktionäre aufgedeckt werden.

Es gilt, das Gewissen der ganzen Welt zu wecken.

Die Achtthunderttausend dürfen nicht vergessen werden. Darum muß der vorstehende Appell mit aller Wärme an das deutsche Volk und an die gesamte Kulturmenschen weitergegeben werden.

### Spartacus-Terror gegen die Demokratie.

Breslau, 17. Januar.

Heute mittag wurde das Wahlbureau der Deutschen demokratischen Partei in „Miegner's Hotel“ in der Königstraße gestürmt und verwüstet, die Kasse, Wahllokale und Stimmzettel auf die Straße geworfen und unter Schellen verbrannt.

Düsseldorf, 17. Januar.

In der vergangenen Nacht wurden die Zeitungen in Düsseldorf abermals gehindert, Morgenausgaben herzustellen. Bei der „Düsseldorfer Zeitung“ wurde ein Scheiterhaufen errichtet, auf dem sämtliche illustrierten Beilagen verbrannt wurden. Dann zog die Menge zum Parteibureau der Demokratischen Partei, das vollständig zerstört wurde. Auch hier wurden sämtliche Druckschriften verbrannt.

### Die Sozialisierung vorm Kabinett.

Das Kabinett trat gestern nachmittag mit der Sozialisationskommission zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Es nahmen daran u. a. auch der Unterstaatssekretär des Reichsfinanzamtes, E. Bernstein, und Vertreter des Reichswirtschaftsamtes teil. Die Konferenz hat die Aufgabe, die Methoden der Sozialisierung zu bestimmen und eine einheitlich geschlossene Politik für die nächste Sitzung vorzuschlagen.

### Standgericht in Warschau.

Ausnahmestellung für drei Monate.

Berlin, 17. Januar.

Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Warschau hat der polnische Ministerrat mit Rücksicht auf die sich mehrenden Unruhen und die verschärfenden Attentate auf das Staatsoberhaupt und einzelne Mitglieder der Regierung beschlossen, in der Hauptstadt und in drei Kreisen Warschauer Ausnahmezustand für die Dauer von drei Monaten einzuführen. Gleichzeitig wurde das militärische Standgericht eingesetzt. Es sind Gerichte über bewaffnete Anschläge der Sozialisten und des Bundes einer radikalen jüdisch-sozialistischen Revolutionspartei im Umlauf.

### Neuer Bürgerkrieg in Portugal.

Amsterdam, 17. Januar.

Nach einer hier eingetroffenen „Times“-Melung aus Madrid erzählen Personen, die über die portugiesische Grenze kamen, daß in ganz Portugal Bürgerkrieg herrscht. Alle Verbindungen sind unterbrochen. Santarem ist in Händen der Revolutionäre, die unter dem Befehl des Artillerieoffiziers Jaime Figuerido stehen. Die bürgerliche Bevölkerung erhielt den Rat, die Stadt zu räumen. Die organisierte Seele der Bewegung ist offenbar die militärische Junta in Oporto, die wahrscheinlich von Bolschewisten unterstützt wird.

Vorläufige Einigung mit den Chorfängern der Nationaloper. Zum Streik der Chorfänger an der Nationaloper erfahren wir, daß die Verhandlungen, die gestern mit den Streikenden im Kultusministerium geführt wurden, zu einer vorläufigen Einigung geführt haben. Gestern abend konnte die angelegte Vorstellung der Oper „Martha“ stattfinden und an den nächsten Abenden wird ebenfalls im Opernhaus gespielt werden. Man ist den Forderungen der streikenden Chorfänger entgegen gekommen, und heute sollen sie einen definitiven Beschluß durch Kultusminister Gaenisch erhalten.

### Hierzu die Wochenbeilage:

Illustriertes Wochensblatt „U. L. K.“ Nr. 23.

Verantwortlicher Redakteur: für äußere Politik: Dr. Erich Marx, Charlottenburg; für innere Politik: Carl Beiler, Neudamm; für Kommunales, Groß-Berlin, Gerichtsbarkeit und den Provinzen: Dr. Heinrich Reppert, Heger. Berlin; für Feuilleton und „Ästhetische Unterhaltungsbeilage“: Georg Siegel, Berlin; für den „Inhaltsverzeichnis“: Paul Gröbe, Berlin-Wilhelmsfelde. Druck und Verlag: Rudolf Hoffmann, Berlin.

Hierzu 1 Beiblatt.



